

FACHDIENST Fachdienst Interner Dienstbetrieb	MITTEILUNGSVORLAGE
---	--------------------

Geschäftszeichen	Datum 03.12.2019	MV/2019/117
------------------	---------------------	--------------------

Gremium	Beratungs- folge	Termin	Beschluss	TOP
Haupt- und Finanzausschuss	1	09.12.2019		

Einrichtung einer Stelle Eines/Einer ersten Stadtrates/Stadträtin

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Begründung für die Nichtöffentlichkeit:

☒ nicht beiratsrelevant ☐ relevant für folgenden Beirat:

Fachdienstleiter/in David Karohl Tel.: 707- 211	Leiter/in mitwirkender Fachbereiche Tel.: 707	Fachbereichsleiter Jörg Amelung Tel.: 707-373	Bürgermeister Niels Schmidt Tel. 707-200
---	---	---	--

Inhalt der Mitteilung:

Ausgangslage:

Die Einrichtung einer Stelle eines Ersten Stadtrates bzw. einer Ersten Stadträtin soll die Verwaltungsspitze breiter aufstellen mit dem Ziel, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten nach innen sowie gegenüber der Politik und den Bürgerinnen/Bürgern zu schärfen.

Die derzeitige Struktur der Verwaltung sieht eine Gliederung in drei Fachbereiche vor. Die Leitung der Verwaltung obliegt dem Bürgermeister. Jeder Fachbereich wird von einer Fachbereichsleitung geleitet. Deren Aufgaben und Zuständigkeiten regelt die Delegationsverfügung des Bürgermeisters.

Erster Stadtrat bzw. Erste Stadträtin:

Die Einstellung von Stadträten ist nach § 66 Abs. 1 GO nur zulässig bei Städten mit mind. 20.000 Einwohnerinnen/Einwohnern. In Wedel beträgt die Zahl der möglichen Stadträte höchstens 1 (kreisangehörige Städte bis 40.000 Einwohnerinnen/Einwohnern).

Die Wahl zum Stadtrat erfolgt durch die Stadtvertretung (§ 67 Abs. 1 GO). Das Vorschlagsrecht steht dem Bürgermeister, den Fraktionen und den einzelnen Mitgliedern der Stadtvertretung zu. Die Amtszeit beträgt mindestens 6 und höchstens 8 Jahre. Es bedarf hierzu einer Regelung in der Hauptsatzung. Vor der Wahl ist die Stelle öffentlich auszuschreiben (§ 67 Abs. 3 GO).

Gleichzeitig ist der Stadtrat bzw. die Stadträtin zum Ersten/zur Ersten stellvertretenden Bürgermeister/Bürgermeisterin zu wählen (§ 62 Abs. 3 GO); er/sie trägt die Amtsbezeichnung „Erster Stadtrat“ bzw. „Erste Stadträtin“.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion sieht vor, dass dem/der künftigen Ersten Stadtrat/Ersten Stadträtin die Fachbereiche 2 (Bauen/Umwelt) und 3 (Innerer Service) zugewiesen werden sollen.

Nach § 65 Abs. 2 GO gehört es zu den Aufgaben, des Bürgermeisters die Stadtverwaltung in Sachgebiete zu gliedern. Er hat das Recht dem Stadtrat/der Stadträtin ein Sachgebiet zuzuweisen. Die Stadtvertretung kann darauf nur eingeschränkt Einfluss nehmen, indem sie von ihrer Widerspruchsmöglichkeit gegen den Gliederungs- und Zuweisungsvorschlag des Bürgermeisters mit Zweidrittelmehrheit Gebrauch macht (§ 65 Abs. 3 GO).

Außerdem sollen die zugewiesenen Sachgebiete gleichwertig sein („so bemessen, dass sie untereinander ausgewogen sind“ - § 65 Abs. 2 Sätze 1 und 2 GO).

Bei Bildung der aktuellen Fachbereichsstruktur wurde nach den Empfehlungen der KGSt eine Teilung in drei untereinander in etwa gleichwertige Fachbereiche vorgenommen. Obwohl es von der Gewichtung verschiedener Merkmale (Bedeutung einer Aufgabe, deren Schwierigkeiten und politisches Gewicht, erforderliche Ressourcen) abhängt, inwieweit die vorgesehenen Sachgebiete als gleichwertig anzusehen sind, bestehen Zweifel, ob von einer ausgewogenen Verteilung ausgegangen werden könnte.

Aufgaben und Entlastungsfunktion

Mit dem Beschlussvorschlag verfolgt die CDU-Fraktion das Ziel, dass die Verantwortlichkeiten in der Verwaltung breiter aufgestellt und geschärft werden.

Aufgabe von Stadträten ist die Wahrnehmung von hochwertigen Leitungsfunktionen (§ 67 Abs. 5 GO), jedoch haben sie keine besondere kommunalverfassungsrechtliche Stellung mit organschaftlichen Rechten. Sie leiten zwar ihr Sachgebiet, sind aber an die fachlichen, personellen und organisatorischen Weisungen des Bürgermeisters uneingeschränkt gebunden (beigeordnet). Gegenüber einer früheren Regelung (§ 71 Abs. 2 GO alte Fassung), als Stadträte ihre Sachgebiete noch eigenverantwortlich leiteten, trägt diese Regelung der gestärkten kommunalverfassungsrechtlichen Stellung des direkt gewählten Bürgermeisters Rechnung. Die Gesamtverantwortlichkeit für sämtliche

Geschäftsvorgänge verbleibt demnach weiter beim Bürgermeister. Daraus folgt, dass auch in Angelegenheiten der dem Stadtrat zugewiesenen Fachbereiche die letzte Entscheidungsinstanz der Bürgermeister ist.

Somit entsprechen die Aufgaben eines Stadtrates denen, die in der derzeitigen Organisationsstruktur die Fachbereichsleiter wahrnehmen. Die Einstellung eines Stadtrates stellt somit bei Umsetzung des Vorschlages eine zusätzliche Leitungsebene ohne weiterführende Kompetenzen dar. Daneben haben die Fachbereichsleiter aus ihrem Beamtenverhältnis weiter einen Anspruch auf ihr bisheriges Gehalt einschl. gesetzlicher Besoldungsanpassungen und auf eine Tätigkeit, die ihrem derzeitigen Amt entspricht, d.h. auf qualifizierte Leitungsaufgaben.

Es stellt sich somit die Frage, wie die Aufgaben zwischen Stadtrat und Fachbereichsleitung aufgeteilt und abgegrenzt werden sollten. Refinanzierungsmöglichkeiten für die zusätzliche Stelle könnten also allenfalls langfristig entstehen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht ersichtlich, ob die Verwaltungsspitze durch die Einstellung eines Stadtrates/einer Stadträtin tatsächlich entlastet wäre. Allein im Falle der Verhinderung des Bürgermeisters stellt die hauptamtliche Vertretung durch den Ersten Stadtrat bzw. die Erste Stadträtin einen greifbaren Vorteil gegenüber der derzeitigen ehrenamtlichen Vertretung dar, da der hauptamtliche Stellvertreter mehr in den normalen Geschäftsablauf involviert wäre. Dies wäre auch aus unserer Sicht ein großer Vorteil.

Kosten:

Die zusätzliche Stelle eines Stadtrates bzw. einer Stadträtin, welche nach B 2 eingruppiert ist, würde gem. § 5 Abs. 2 KomBesVO Kosten von jährlich ca. 150.900 € verursachen (ca. 93.000 € Dienstbezüge zzgl. Pensions- und Beihilferückstellungen gem. KGSt®-Bericht Nr. 9/2018). Hinzu käme eine Aufwandsentschädigung nach § 10 Abs. 2 KomBesVO von ca. 1.600 € jährlich sowie Kosten für einen Büroarbeitsplatzes von ca. 9.700 €. Personalkosteneinsparungen auf anderer Seite sind bei der aktuellen Ausgangslage nicht zu erwarten.

Ausblick:

Die Überlegung einen Stadtrat einzustellen erfordert zunächst eine Neustrukturierung der Verwaltung in zwei untereinander ausgewogene Dezernate. Eine Zuordnung und Abgrenzung von Aufgaben von Stadtrat bzw. Stadträtin und den Fachbereichsleitungen müsste erfolgen. Die Auswirkungen auf die nachfolgenden Stellen durch die veränderte Struktur und Aufgabenzuordnung müsste detailliert betrachtet werden. Sowohl die Prüfung als auch die Umsetzung der Maßnahmen wären nicht kurzfristig realisierbar.

Als Lösung für eine gegebenenfalls langfristige Vertretung könnte man auch andere Organisationsformen in Betracht ziehen. Die Stadt Geestacht beispielsweise hat die Funktion des ersten Stadtrates einer der Fachbereichsleitungen übertragen. Damit ist die hauptamtliche Vertretung des Bürgermeisters abgesichert.

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Begründung für die Nichtöffentlichkeit:

☒ nicht beiratsrelevant

☐ relevant für folgenden Beirat:

Fachdienstleiter/in

David Karohl
Tel.: 707- 211

Leiter/in mitwirkender
Fachbereiche

Tel.: 707

Fachbereichsleiter

Jörg Amelung
Tel.: 707-373

Bürgermeister

Niels Schmidt
Tel. 707-200